

Gänsemanagement | 27.10.2021 | Nr. 296/21

## **Klaus Jensen: TOP 20: Gänsefraß ist existenzbedrohend für viele Landwirte an der Westküste**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

seit gut 9 Jahren bin ich jetzt im Landtag, und von Anfang an habe ich mich mit dem Thema Gänsefraßschäden und deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft beschäftigt. Die SPD-Kollegin Sandra Redmann, hat einmal gemeint, „gefühlte mindestens 20 Jahre“!

Im Mai 2016 gab es einen Antrag der CDU-Fraktion (noch vor Jamaika!), der – natürlich – mit Änderungen einstimmig vom Agrar- und Umweltausschuss beschlossen wurde mit dem Ziel, ein Handlungskonzept für Gänsefraßschäden und Vertragsnaturschutzmodelle zu entwickeln, ein Gänsemanagementplan für die schleswig-holsteinische Westküste. Das ist aus heutiger Sicht nur in Teilen gelungen, z.B. durch das Vertragsmodell für durchziehende Vogelarten in einer definierten Gebietskulisse.

Ein wirksames Management der aufwachsenden Gänsepopulationen ist bisher nicht erreicht worden. „Es sind einfach zu viele“! Das gilt insbesondere für die Inseln Pellworm, Föhr und Amrum und Hotspots der Festlandküste, z.B. Westerhever auf Eiderstedt.

Neben den schon länger stationären Graugänsen sind gerade in den letzten Tagen wieder große Schwärme von Nonnengänsen angekommen, die auch durch eine deutlich längere Verweildauer zu deutlich größeren Schäden auf den Kulturflächen beitragen.

Und es ist wirklich nicht nur so „daher gesagt“, dass diese Zustände für viele betroffene Landwirte ein existenzbedrohendes Ausmaß annehmen können.

Meine Damen und Herren,

der Anlass zu diesem Antrag sind die Ausführungen des Ministerpräsidenten auf dem Landesbauerntag im September. Es ist durchaus bemerkenswert bei dieser Gelegenheit ein solch spezielles Thema so prominent und so detailliert zu behandeln. Dass zeigt, wie wichtig es dem MP und der Landesregierung insgesamt ist, zu besseren Lösungen zu kommen.

Ich möchte noch einmal die drei Punkte benennen, die einfacher und besser geregelt werden sollen:

1. Die Reduzierung der Eier durch intensiveres Absammeln der Gelege.
2. Das Antragsverfahren für Abschussgenehmigungen insbesondere der Nonnengans soll beschleunigt und vereinfacht und jagdrechtliche Regelungen dafür weiter angepasst werden.
3. Bei der Beseitigung nicht verwertbarer Kadaver wird von der Landesregierung Unterstützung angeboten, falls die dabei entstehenden Kosten dem Ausnutzen der vorhandenen Abschlussmöglichkeiten entgegenstehen.

Ich möchte einen weiteren Punkt hervorheben, der in unserem Antrag formuliert ist: Die finanzielle Unterstützung für betroffene Betriebe durch den Vertragsnaturschutz soll durch die Entwicklung neuer Instrumente weiterentwickelt werden, um im Rahmen der neuen Förderperiode ab 2023 die Fraßschäden finanziell gezielter zu kompensieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der zumindest in der Perspektive eine bessere Entschädigung erwarten lässt.

Meine Damen und Herren,

ich möchte hier und heute meine Erwartungen äußern, dass diese vorgetragenen Dinge auch zügig umgesetzt werden. Hier ist natürlich das Ministerium in der Pflicht, u.a. mit den Unteren und Oberen Naturschutz- und Jagdbehörden. Aber wir sind neben den Landwirten auch auf das Mitwirken der Jägerschaft und des Naturschutzes angewiesen, um zu besseren Lösungen zu kommen. Dazu möchte ich alle Beteiligten ermuntern.

Das Bauernblatt titelte auch nach dem Landesbauerntag: „Der Ministerpräsident hat geliefert“.

Die Landesregierung steht im Wort, insbesondere der MP und der Umwelt- und Agrarminister, aber auch wir als Parlament.

Ich möchte mich bedanken bei allen Fachkollegen der Jamaikafractionen für diesen gemeinsamen Antrag – das war keine Selbstverständlichkeit – und danke ebenfalls für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank!